

Beschluss des SPD-Landesparteitags am 20. Mai 2005 in Ludwigsfelde

Antrag: A 1

Antragsteller: SPD-Landesvorstand Brandenburg

## **Ludwigsfelder Erklärung:**

### **Den demografischen Wandel gestalten. Brandenburgs Stärken stärken**

Wir Sozialdemokraten wollen, dass Brandenburg eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen in allen Teilen des Landes bietet.

#### **I. Die demografische Herausforderung annehmen**

Das Land Brandenburg steht vor tief greifenden und historisch beispiellosen Veränderungen in seiner Bevölkerungsstruktur. In den äußeren Regionen des Landes wird die Einwohnerzahl bereits bis 2020 voraussichtlich um etwa 14 Prozent zurückgehen, in den Berlin nahen Regionen hingegen wird die Einwohnerzahl um etwa 6 Prozent steigen. Parallel dazu geht die Zahl der Kinder zurück, während die Zahl der älteren Menschen deutlich steigt. Auch die in den vergangenen Jahren anhaltende Abwanderung insbesondere gut ausgebildeter jüngerer Menschen verändert die Bevölkerungsstruktur unseres Landes nachhaltig.

#### **II. Metropolenregion mit Zukunft**

Brandenburg ist ein Land in der Mitte Europas. In der Mitte Brandenburgs liegt Berlin. In den an Berlin angrenzenden Regionen Brandenburgs entsteht eine der zukunftssträchtesten Wachstumsregionen in Deutschland und Europa. Das schafft neue Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten, die *allen* Regionen und *allen* Menschen in Brandenburg zugute kommen – wenn wir sie systematisch zu nutzen verstehen. Die Herausforderungen der Zukunft wird Brandenburg nur gemeinsam mit Berlin meistern können.

Die Brandenburger SPD fordert die Landesregierung auf, zusammen mit Berlin ein Konzept zur Entwicklung der Metropolenregion zu erarbeiten. Ziel ist es, die beiden Länder gemeinsam zur attraktiven Hauptstadtregion zu entwickeln.

Der SPD-Landesverband begrüßt deshalb die durch den SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Matthias Platzeck begonnene Diskussion zum vorausschauenden Umgang mit dem demografischen Wandel in Deutschland und speziell in Brandenburg. Er unterstützt die SPD-geführte Landesregierung in ihrem Kurs für das Land Brandenburg.

### III. Klare Prioritäten setzen

Der demografische Umbruch wird unser Land umfassend verändern. Für uns eine Herausforderung, die wir aktiv gestalten wollen. Während die Herausforderungen weiter wachsen, wird das Volumen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bis 2020 aufgrund der demografischen Entwicklung und der schrittweise reduzierten Mittel des Solidarpaktes II deutlich sinken. Wir müssen deshalb aus immer geringeren Ressourcen deutlich mehr machen. Vorrang hat in besonderer Weise alles, was zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes beiträgt. Aus diesem Grund setzt die Landesregierung bereits heute klare Prioritäten. Gerade auch als Antwort auf den demografischen Umbruch heißen ihre zentralen Ziele:

- Verbesserung der Bedingungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung.
- Gewährleistung hervorragender Bildung und Ausbildung: Die Startchancen in ein erfülltes Leben dürfen weder vom Geldbeutel der Eltern noch vom Geburtsort abhängen.
- Vorfahrt für Wissenschaft, Forschung und die Verbesserung des Transfers von Wissen in hochwertige Produkte und Dienstleistungen.

Wir wollen in Brandenburg mehr und gute Arbeitsplätze. Dafür brauchen wir neue und innovative Produkte, mit denen brandenburgische Unternehmen neue Märkte erschließen und ihre Absatzchancen verbessern können. Nur so entstehen zukunftsfeste Arbeitsplätze, die nicht ohne weiteres ins Ausland abwandern können. Um bestehende Unternehmen auf diesem Weg zu unterstützen und die Gründung neuer Unternehmen zu fördern, werden wir unsere erfolgreiche Wissenschafts- und Forschungspolitik fortsetzen. Wir werden den Technologietransfer weiter verbessern, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

### IV. Politikfelder eng miteinander verknüpfen

Gerade weil es das Ziel sozialdemokratischer an Gerechtigkeit orientierter Politik ist, die Daseinsvorsorge für das gesamte Land zu sichern, muss es uns darum gehen, Brandenburgs Stärken zu stärken und klare Impulse für Wachstum zu setzen. Dabei liegen die größten Chancen gleichermaßen im wirtschaftlichen Potenzial des engeren Berliner Umlandes und in den bereits entstandenen Wachstumskernen und Branchenschwerpunkt-Orten in der Fläche des Landes. Dreh- und Angelpunkt bleiben für uns die Städte. Sie sind die Anker im Raum und zugleich Kristallisationspunkte zukunftsfähiger Entwicklung. Dabei gibt es keine weißen Flecken auf der Karte; die realistischen wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale in allen Regionen müssen entschlossen genutzt werden.

Der SPD-Landesverband spricht sich für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes aus. Er unterstützt die Konzentration der Förderung auf Maßnahmen der

Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen auf den Gebieten der ländlichen Entwicklung, der Landwirtschaft und des Tourismus. Innovativ zu sein heißt in diesen Regionen endogene Entwicklungspotentiale zielgenau zu verfolgen und so regionale Identitäten und regionale Stärken herauszubilden. Insbesondere gilt es, private Investitionen, die dauerhafte Arbeitsplätze schaffen, unbürokratisch zu unterstützen und zu befördern.

Die Gestaltung des demografischen Wandels erfordert ein grundsätzlich neues Herangehen der Politik. Wir setzen uns für die engere Verknüpfung der Politikfelder ein. Ein Rad muss passgenau ins andere greifen. Wir stehen für die enge Verbindung von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Infrastruktur-, Bildungs- und Familienpolitik.

#### V. Landesplanung und Wirtschaftsförderung neu ausrichten

Um die schwierigen Folgen der demografischen Entwicklung abzufedern und mit weniger finanziellen Mitteln mehr zu erreichen, ist die strategische Neuausrichtung von Landesplanung und Wirtschaftsförderung zwingend notwendig. Deshalb fordert der SPD-Landesverband die Landesregierung, die SPD-Landtagsfraktion und Landräte und Oberbürgermeister auf, die für die Umsteuerung notwendigen landesplanerischen Vorgaben (z. B. Landesentwicklungsprogramm, Landesentwicklungsplan Zentrale Orte System) sowie die fachlichen Rahmenseetzungen (z. B. Finanzausgleichsgesetz, Landesstraßenbedarfsplan, Förderprogramme) zeitnah zu überarbeiten und umzusetzen. Bei der Festlegung der neuen zentralen Orte sind die Anzahl der Zentralisationsstufen deutlich zu reduzieren und die jeweils besonderen Bedingungen des Metropolenraums und des äußeren Entwicklungsraums zu berücksichtigen. Die landesplanerischen Vorgaben müssen die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen im gesamten Land Brandenburg zum Ziel haben. Diese Zielsetzung muss durch die Festlegung bedarfsorientierter finanzieller Ausstattungskriterien für die Zentren im engeren Verflechtungsraum und die zentralen Orte im äußeren Entwicklungsraum unterstützt werden.

Auf Basis einer Potenzialanalyse hinsichtlich von Wachstumskernen und -orten, Infrastruktur, Stadtentwicklung, Forschung und Entwicklung, Fachkräften und sozialer Infrastruktur soll in enger Abstimmung mit den regionalen Partnern eine neue Förderstrategie erarbeitet werden. Die Wirtschaftsförderung soll zu einem Stufensystem umgebaut werden. Eine Basisförderung soll für alle Branchen und Regionen gelten. Darüber hinaus soll es eine weiterführende Förderung für Wachstumsbranchen und Wachstumskerne geben.

Wir wollen den Wettbewerb der Regionen und die Förderung bereits entstandener Wachstumskerne und Wachstumsbranchen regelmäßig überprüfen. Wirtschaftliche Stärken zu stärken bedeutet auch, dass Wachstums- und Investitionsimpulse durch staatliches Handeln unterstützt werden müssen und nicht behindert werden dürfen.

Wirtschaftsförderung muss deshalb immer auch darauf abzielen, Investitionshemmnisse zu beseitigen. Der Abbau von überflüssiger und hemmender Bürokratie ist dabei eine ständige Aufgabe. Öffentliche Verwaltungen müssen deshalb immer stärker ein Selbstverständnis entwickeln, dass ihr schnelles und kreatives Handeln den notwendigen wirtschaftlichen Aufbruch unseres Landes befördern muss. Neben dem Land kommt hier den Trägern der regionalen Wirtschaftsförderung eine große Bedeutung zu.

## VI. Soziale Infrastruktur für alle sicherstellen

Der SPD-Landesverband spricht sich für die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur im Land aus. Damit sichern wir die Daseinsvorsorge im gesamten Land. Zugleich jedoch brauchen wir auch im Bereich der sozialen Infrastruktur neue Angebotsformen wie Gesundheitszentren oder Telemedizin, um dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen. Wir sprechen uns für eine angemessene Versorgungsstruktur bei der Krankenhausplanung auch in den äußeren Regionen aus.

Dabei müssen sich die Gestaltung der Infrastruktur und die Festlegung der Realisierungsschwerpunkte am Gebot der demografischen Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit orientieren. Die Förderschwerpunkte und die neue zentralörtliche Gliederung sollen zu einer Stärkung der Städte als Anker im Raum führen. Neue Konzepte und Angebotsformen sollen initiiert werden – so soll etwa das Konzept der Rufbusse und Bürgerbusse ausgeweitet und die Einführung von Gemeindegewerkschaften geprüft werden. Wir wollen, dass die Menschen auch in den dünn besiedelten Gegenden weiterhin mobil sein können.

## VII. Jedes Kind ist uns wichtig!

Brandenburg braucht mehr Kinder. Der SPD-Landesverband spricht sich deshalb für eine moderne Bevölkerungs- und Familienpolitik aus. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Familien verbessern, damit junge Menschen ihre Kinderwünsche verwirklichen können. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die in Brandenburg mit der Struktur der Kindertagesstätten und Ganztagschulen grundsätzlich gesichert ist. Wir sprechen uns für ein „Netz für Familien“ aus, mit dem Kommunen und Kreise, Wohlfahrtsverbände und Krankenkassen, Kita-, Jugend- und Bildungseinrichtungen ein Netz vorausschauender Familien- und Elternunterstützung weiterentwickeln. Wir unterstützen die Kommunen und Kreise bei der Bildung von „Lokalen Bündnissen für Familien“.

Mit moderner Bildungs- und Familienpolitik wollen wir Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Bildungschancen sind Lebenschancen. Wir müssen die Qualität unserer Bildung in Kitas und Schulen so steigern, dass möglichst kein Jugendlicher ohne Schulabschluss bleibt. Hochwertige

und zeitgemäße Bildung für alle gerade auch in ländlichen Regionen zu gewährleisten ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen. Wir stehen deshalb für

- die Einführung der Oberschule, um auch in dünn besiedelten Gegenden möglichst viele Schulstandorte zu erhalten.
- die enge Verzahnung von Kindergärten und Schulen und Einrichtungen der Familienberatung und -bildung, die enge Kooperation zwischen Horten und Schulen bis hin zu Integrationsmodellen.
- die individuelle Förderung von Kindern mit speziellen Lerndefiziten.
- einzügige Grundschulen und „Kleine Grundschulen“ (jahrgangsübergreifend) mit denen wir wohnortnahen Unterricht für unsere Kinder von 6 bis 12 Jahren ermöglichen.
- den Ausbau der Ganztagschulen, mit dem wir Bildung, Freizeit und Jugendarbeit verbinden sowie Vereinen und Verbänden die Möglichkeit bieten, auch in den bevölkerungsarmen Gebieten sinnvolle und verlässliche Angebote für die Jugendlichen zu schaffen. Diesbezüglich treten wir für mehr Präsenzzeiten von Lehrerinnen und Lehrern an Schulen, insbesondere Ganztagschulen, ein.
- die Konzentration von Oberstufenzentren und damit für die Bereitstellung vielfältiger Ausbildungsangebote in der Region. Auch an diesen Standorten werden Wohnheimplätze angeboten.
- die Entwicklung neuer Bildungsmodelle gerade für den ländlichen Raum. E-learning, Videounterricht sowie die Nutzung von Laptops in der Schule und zu Hause sollen ausgebaut werden.
- die Profilierung von Schulen zu lebendigen Mittelpunkten des öffentlichen Lebens gerade in ländlichen Kommunen.

#### VIII. Gemeinsam zupacken, damit die Erneuerung aus eigener Kraft gelingt

Seit der Wiedergründung unseres Landes tragen wir Sozialdemokraten in Brandenburg Verantwortung. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern haben wir das Land gestaltet. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Wir Sozialdemokraten stehen dabei für einen neuen politischen Stil. Wir wollen die neuen Leitlinien der Landespolitik mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern breit diskutieren. Unser Land braucht die ehrliche Auseinandersetzung über die enormen Herausforderungen für Gesellschaft und Wirtschaft, damit unser Heimatland wirtschaftlich stark und lebenswert bleibt. Wir laden alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ein, mit ihren Ideen an dieser Diskussion teilzunehmen. Brandenburg soll eine Gesellschaft der aktiven Bürgerinnen und Bürger sein, die Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernehmen. Auf jede Einzelne und jeden Einzelnen kommt es an. Gerade angesichts der beträchtlichen demografischen Veränderungen, vor denen Brandenburg steht, bilden bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt das Rückgrat unseres Gemeinwesens. Die von den Vereinen und Initiativen, Netzwerken und freiwilligen Zusammenschlüssen geleistete Arbeit ist gerade in schwierigen Zeiten für

den inneren Zusammenhalt unseres Heimatlandes unersetzlich. Nur gemeinsam können wir Brandenburg als zupackendes Land neu entwerfen, nur so wird die Erneuerung aus eigener Kraft gelingen.